Xi fordert Scholz zu engerer Zusammenarbeit auf

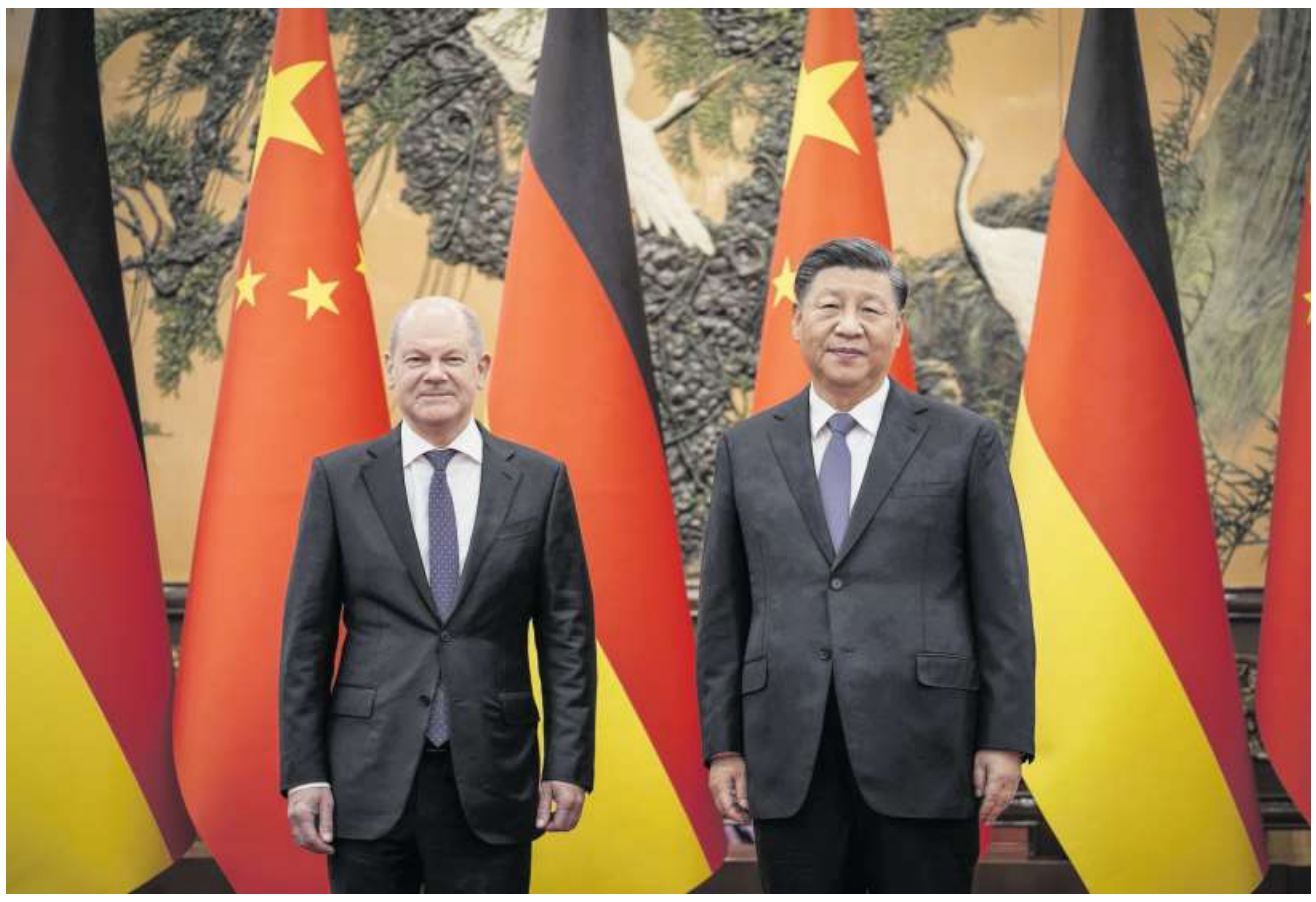
Auch weil sich die Fronten zwischen China und den USA verhärten, sucht Chinas Staats- und Parteichef die Nähe zu Deutschland

MATTHIAS KAMP, PEKING

Der deutsche Kanzler Olaf Scholz hat als erster westlicher Spitzenpolitiker den chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping besucht, seitdem sich dieser faktisch auf Lebenszeit hatte inthronisieren lassen. Bei dem Treffen sprach sich Xi für eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder aus: «Als einflussreiche und bedeutende Mächte sollten China und Deutschland in dieser chaotischen und sich ändernden Situation zusammenarbeiten und zum Frieden in der Welt und zur Entwicklung beitragen», sagte Xi. Trotz allen Unterschieden zwischen den beiden Ländern sei eine gute Zusammenarbeit möglich, solange sich beide Seiten zu gegenseitigem Respekt bekennten.

Scholz war am Freitagmorgen, begleitet von einer zwölfköpfigen Wirtschaftsdelegation, in der chinesischen Hauptstadt eingetroffen. Die Chefs von Volkswagen, der Deutschen Bank, BASF, Siemens und Biontech begleiteten ihn unter anderem. Scholz traf Xi in der Grossen Halle des Volkes zu einem Gespräch mit anschliessendem Mittagessen.

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine wies der deutsche Kanzler darauf hin, dass sein Chinabesuch in einer Zeit «grosser Spannungen» stattfinde, die grosse Probleme für die regelbasierte Weltordnung mit sich brächten. «Darum bin ich sehr froh, dass ich heute hier sein kann und wir miteinander sprechen können.»



Der chinesische Präsident Xi Jinping hat Bundeskanzler Scholz in der Grossen Halle des Volkes in Peking empfangen. KAY NIETFELD / AP

Kritik an der China-Visite

In Deutschland hatte es im Vorfeld auch aus Koalitionskreisen teilweise deutliche Kritik an der Chinavisite des Kanzlers gegeben. Vor knapp zwei Wochen erst hatte sich Xi Jinping vom Parteitag der KP für eine dritte fünfjährige Amtszeit als Partei- und Staatschef wählen lassen. Kritiker monieren, Scholz' Besuch zum jetzigen Zeitpunkt in der Volksrepublik China, die unter Xi auf einen immer autoritäreren Kurs einschwenke, könne wie eine Gratulationsvisite wirken. Die deutsche Bundesregierung arbeitet derzeit an einer China-Strategie, die im kommenden Jahr fertig werden soll. Eine Strategie, die in Peking mit Spannung erwartet wird.

Scholz versuchte bei seinem Treffen mit Xi darauf hinzuwirken, dass dieser seinen Einfluss auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin nutzt und ihn zu einer möglichen friedlichen Lösung im Ukraine-Konflikt bewegt. Jüngst hatten auch ranghohe chinesische Militärs signalisiert, mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen durch Russland würde eine rote Linie überschritten. Die Regierungen in Peking und Berlin seien sich einig, dass russische Drohgebärden mit Atomwaffen nicht akzeptabel seien, sagte Scholz bei seinem anschliessenden Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang.

Scholz bezeichnete China als «grosses Land». Als ständiges Mitglied des Uno-Sicherheitsrats habe die Volksrepublik auch Verantwortung für den Frieden in der Welt. «Ich habe Präsident Xi gesagt, dass es wichtig ist, dass China seinen Einfluss auf Russland geltend macht.»

Wenig Anlass für Optimismus

Dass Xi in Moskau Erfolg haben könnte, muss aber bezweifelt werden. «Zu viel Optimismus, was die Interessen und Einflussmöglichkeiten Pekings gegenüber Moskau angeht, ist nicht angebracht», sagt Mikko Huotari, der Direktor des Mercator-Instituts für China-Studien (Merics) in Berlin. «Insbesondere die Möglichkeiten Deutschlands, solche Kalkulationen im Alleingang zu beeinflussen, sollten nicht überschätzt werden.»

Sorgen bereitet Scholz die Wirtschaftspolitik Chinas. Bei seinem Treffen mit dem Regierungschef Li wies der Bundeskanzler darauf hin, dass man in Deutschland durchaus zur Kenntnis nehme, dass die Diskussionen in China zunehmend um eine anzustrebende Autarkie kreisten, während zuvor die Wirtschaft im Vordergrund gestanden habe. «Klar ist, dass wir keine Anhänger einer Entkopplung sind», sagte Scholz bei seinem Treffen mit Li.

Scholz hielt sich mit Kritik an den wirtschaftlichen Praktiken Chinas nicht zurück. Er monierte vor allem den immer noch schwierigen Marktzugang für Unternehmen aus dem Ausland. Es gehe um wirtschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe und um Reziprozität. «Investitionszugänge müssen gleichermassen gewährleistet sein», sagte Scholz. Es dürften keine Abhängigkeiten entstehen, die dazu beitrügen, dass man nicht frei handeln könne.

Gerade weil Chinas Wirtschaft aufgrund der Zero-Covid-Politik und der Krise im Immobiliensektor lahmt, hat das Land grosses Interesse an Investitionen aus dem Ausland. Vor wenigen Tagen verkürzte die chinesische Regierung darum die sogenannte Negativliste mit Branchen, in denen ausländische Firmen nicht investieren dürfen, noch einmal. «Wir bekennen uns zu Reform und Öffnung», sagte Li denn auch bei seinem Treffen mit Scholz. Der noch amtierende Ministerpräsident hatte sich stets für die Belange der Wirtschaft, vor allem auch diejenigen ausländischer Firmen, eingesetzt. Im März wird er seinen Posten räumen; Nachfolger wird Li Qiang, bisher Parteisekretär von Schanghai und enger Vertrauter von Xi.

Welchen wirtschaftspolitischen Kurs Li verfolgt, ist bis jetzt unklar. Manche Beobachter befürchten, er werde im Wesentlichen Xis Kurs folgen, der auf mehr Ideologie auch in der Wirtschaft setzt. Richtig ist allerdings auch, dass Li durch seine Tätigkeiten in Schanghai und zuvor in der wirtschaftlich bedeutenden Provinz Zhejiang um die Bedeutung der Wirtschaft für das Wohlergehen des Landes weiss.

Biontech-Vakzin für Ausländer

Gerade weil die Beziehungen zu den USA zerrüttet sind, hat Peking ein genuines Interesse an einem funktionierenden Verhältnis zu Deutschland. Für seine Entwicklung ist das Land trotz grossen Fortschritten in den vergangenen Jahren noch immer auf Technologie aus dem Ausland angewiesen.

Im Rahmen einer engeren Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie erklärte sich die chinesische Regierung bereit, den Impfstoff von Biontech für in China lebende Ausländer zuzulassen. Dies könnte als erster Schritt gewertet werden, mit dem Peking die Menschen auf eine möglicherweise später erfolgende breitere Zulassung des Vakzins vorbereiten will. Scholz sagte: «Dies kann natürlich nur ein erster Schritt sein. Ich hoffe, dass der Kreis der Berechtigten bald erweitert werden kann, bis hin zu einer allgemeinen Verfügbarkeit des Stoffs.» Es sei auch über die Perspektive einer allgemeinen Zulassung gesprochen worden.

Weiterer Bericht Seite 27

Polen hegt nukleare Ambitionen

Warschau baut neue Atomkraftwerke und träumt von Nuklearwaffen – die Partner sucht man in den USA und Asien

IVO MIJNSSEN, WIEN

Polen sieht die Nukleartechnologie als zunehmend essenziellen Teil seiner Sicherheit. Eine Reihe von Spitzenpolitikern hat die grossen atomaren Ambitionen in bemerkenswerten Wortmeldungen jüngst bekräftigt. In erster Linie geht es dabei um eine zivile Nutzung: Warschau will in den nächsten zwei Jahrzehnten Atomkraftwerke an bis zu drei Orten bauen. Es wären die ersten, die im Land fertiggestellt würden.

Die Polen setzen dabei bis jetzt auf die Amerikaner und die Südkoreaner statt auf europäische Partner. Ende Oktober gab die Regierung bekannt, dass Westinghouse für 20 Milliarden Dollar drei Reaktoren bei Choczewo bauen wird. Überraschend unterzeichneten polnische Firmen mit Korea Hydro and Nuclear Power eine Absichtserklärung zum Bau eines weiteren AKW in Patnow. Unklar bleibt, ob Électricité de France an einem dritten Standort möglicherweise doch noch zum Zug kommt.

Die Regierung verfolgt mit ihrer seit dem Ukraine-Krieg noch forcierten nuklearen Offensive einerseits das umweltpolitische Ziel, die grosse Abhängigkeit von Kohle bei der Stromproduktion zu verringern. Sie setzte sich deshalb dafür ein, dass die Atomkraft durch die EU ein grünes Label erhielt. Andererseits geht es um die geopolitisch motivierte Abkapselung von russischen Energiequellen, die Polen bereits seit der Krim-Annexion 2014 vorantreibt.

Stationierung von Atomwaffen

Zumindest rhetorisch sind Warschaus nukleare Ambitionen aber nicht auf den zivilen Bereich beschränkt. So erklärte der Chef der Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, im März, dass er es gerne sähe, wenn Polen Atombomben hätte. Er stellte aber sogleich klar, dass dies unrealistisch sei. Staatspräsident Andrzej Duda stellte Nuklearwaffen in einem Interview vor einigen Wochen als bedeutenden Aspekt der nationalen Sicherheit dar.

Zum Bau von eigenen Atombomben hat Polen keine Möglichkeit. Im Vordergrund steht der Wunsch nach Stationierung amerikanischer Waffen auf eigenem Boden. «Wir haben mit den Vereinigten Staaten über die nukleare Teilhabe diskutiert», erklärte Duda. Trotz Washingtons Entschlossenheit, die Nato-Ostflanke gegen die Bedrohung durch Russland zu schützen, erteilte man den polnischen Wünschen eine Absage. «Die USA haben keine Pläne, Nuklearwaffen auf das Territorium von Nato-Mitgliedern zu verlegen, welche der Allianz nach 1997 beigetreten sind», erklärte das Weisse Haus. Damit versucht es auch, ähnliche Diskussionen in Skandinavien zu beruhigen.

Für die Amerikaner spielt die Nato-Russland-Grundakte aus dem gleichen Jahr weiterhin eine gewisse Rolle. In dieser verständigten sich beide Seiten auf die Respektierung staatlicher Souveränität, demokratischer Prinzipien und das Konzept der kooperativen Sicherheit. Die Nato bekräftigte zudem, dass sie «in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld» keine Absicht hat, Nuklearwaffen oder permanente Verbände von Kampftruppen in den «neuen» Mitgliedsländern im Osten zu stationieren.

Während die europäischen Hauptstädte und Washington den Vorwurf vermeiden wollen, sie würden die Grundakte brechen, stellen sich Balten und Polen längst auf den Standpunkt, diese sei durch Russlands Invasion der Ukraine längst Makulatur. Militärisch haben die Amerikaner auf die neue Sicherheitslage reagiert: So kündigte Präsident Biden Ende Juni an, mit dem Hauptquartier des Fifth Corps der Armee erstmals eine permanente Basis in Polen zu errichten – bisher waren die Installationen an der Nato-Ostflanke nur rotierend besetzt.

Amerikanische und polnische Experten sehen die neue Basis als politisches Signal der Härte an Russland – und als zusätzliche Versicherung für die osteuropäischen Verbündeten. Unter diesen spielt Polen nicht nur wegen seiner Grösse eine herausragende Rolle, sondern auch als jener Staat, der die Nato-Verpflichtungen seit Jahren übererfüllt. Warschau hat die Ukraine seit Russlands Überfall nicht nur mit Militärhilfe im Umfang von über 1,8 Milliarden Euro unterstützt, sondern auch das Verteidigungsbudget per 2023 auf 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes erhöht.

Dies macht die Ostmitteleuropäer zu attraktiven Kunden für amerikanische Waffenlieferanten: Da Polen wenig Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie hat, kauft es seine Kampfflugzeuge, Panzer, Haubitzen und Mehrfachraketenwerfer vor allem in den USA. Rüstungsgeschäfte im Umfang von 20 Milliarden Dollar haben die beiden Regierungen bereits beschlossen. Im September bestellte Warschau weitere 96 Apache-Kampfhelikopter im Wert von 7 Milliarden.

Kooperation mit Südkorea

Da Polens Regierung offenkundig aber auch Zweifel daran hat, dass die Amerikaner rasch liefern können, und bei der eigenen Bewaffnung grosse Eile verspürt, hat sie Südkorea als zweiten Rüstungspartner auserkoren, was in den USA nicht nur gern gesehen wird. Seoul soll fast 1000 Kampfpanzer liefern, von denen die ersten Ende Jahr in Warschau erwartet werden. Dazu kommen Haubitzen, Raketenwerfer und Jets. Die Geschäfte würden inklusive aller Optionen einen Wert von bis zu 15 Milliarden Dollar erreichen und Südkorea als Waffenexporteur fest auf dem europäischen Markt verankern.

Angesichts geleerter eigener Bestände aufgrund der Lieferungen an die Ukraine zeigen sich auch andere Staaten interessiert an Seouls Waffen. Das asiatische Land präsentiert sich insofern als attraktive Quelle, da dessen Waffensysteme auf jene der USA abgestimmt und damit Nato-kompatibel sind. Ob Südkorea seine ambitionierten Lieferversprechen wirklich einhalten kann, muss es aber noch beweisen. Experten gehen davon aus, dass es dafür die Bedürfnisse der eigenen Armee hintenanstellen muss.

Polens Absichtserklärung zur milliardenschweren Zusammenarbeit mit Seoul im Nuklearbereich ist ein Zeichen seines Willens zu einer strategischen Partnerschaft. Eine solche hatte Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak bereits im Juli angekündigt, als er meinte, der damals unterzeichnete Rüstungsvertrag sei «nur die erste Stufe der Kooperation unserer Länder». Damit deutet Polen auch einen neuen Weg an, der die absolute Abhängigkeit von den Amerikanern etwas relativiert, ohne den Kreis der westlichen Verbündeten zu verlassen. Er könnte durchaus Vorbildwirkung auf andere europäische Staaten haben.